

Seit dem 11. Mai ist der Unterricht auf der Primar- und Sekundarstufe aufgenommen worden und wird bald an den Mittel-, Berufs- und Sprachschulen wieder aufgenommen. In der Wissenschaft gibt es eine Debatte über die Risiken des Coronavirus' für Kinder. Wir beziehen dazu keine Stellung dazu, denn wir sind keine Forscher*innen. Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, dass die Rückkehr der Kinder in die Schule für die Erwachsenen, die mit ihnen in Kontakt stehen, ein Risiko darstellt. Der Bund hat einen allgemeinen Rahmen entwickelt, der von den Kantonen für die Ausarbeitung von Regeln für Schulen genutzt wurde.

Wir haben für alle unsere Kolleg*innen eine Checkliste erstellt, damit wir selbst die Umsetzung der Schutzmassnahmen kontrollieren können. Sie können mit der Checkliste sehen, welche Massnahmen nicht umgesetzt wurden und Ihre Schulleitung alarmieren.

Um die Umsetzung und Einhaltung der Schutzmassnahmen an Ihrer Schule zu überwachen, können Sie Arbeitsgruppen einrichten. Wir würden uns auch freuen, wenn Sie uns über die Situation an Ihren Schulen informieren würden. Die Position der FAU ist einfach: Wenn die Massnahmen nicht umgesetzt oder nicht respektiert werden können, muss der Kanton Alternativen finden oder die Einrichtung schliessen. Während einige problematische Situationen das Ergebnis von Missachtung oder Gleichgültigkeit einiger Schulverwaltungen sein können, gehen wir bei der Mehrheit der problematischen Situationen eher davon aus, dass die Massnahmen nicht umgesetzt werden können. Die Entscheidung innerhalb von zwei Tagen den Unterricht von Halbklassen zu vollen Klassen hochzufahren ist deswegen mehr als enttäuschend. Um den Kanton und die Bildungs- und Kulturdirektion auf diese Situationen aufmerksam machen zu können, brauchen wir Ihr Feedback.

Über die Schutzmassnahmen hinaus, stellt sich auch die Frage nach der Gefahr des Doppelunterrichts. Wer übernimmt denn den Fern"unterricht" für diejenigen, die nicht zur Schule kommen können? Wie wir bereits gesagt haben, lehnen wir es ab, den Präsenzunterricht mit dem "Fernunterricht" kombinieren zu müssen. Die Arbeitstage der Lehrerinnen und Lehrer sind bereits in normalen Zeiten mehr als gut ausgelastet, wir lehnen es daher ab, dass ihnen eine zusätzliche Arbeitsbelastung auferlegt wird. Wenn Doppelunterricht erteilt werden muss, ist der Kanton aufgefordert zusätzliches Personal einzustellen, um diesen zu bewältigen. Um dies zu klären haben wir einen Brief an die Bildungsdirektorin verschickt (finden Sie auf unserer Homepage).

In der jetzigen Zeit ist es wichtig, sich zu organisieren und für unser Recht auf Schutz und Gesundheit einzusetzen. Aber das ist noch nicht alles. Seit mehreren Wochen drängt der bürgerliche Block darauf, dass die Wirtschaft wieder ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt wird. Und jetzt entwerfen einige Sektoren bereits die Schlachtpläne für die nächste Offensive auf die Arbeitnehmendenrechte. Wir hören bereits von einer Rente mit 67, von längeren Arbeitszeiten, niedrigeren Löhnen und vor allem von neuen Sparmassnahmen. Wir können leider sicher sein, dass die Angriffe auf unsere Renten, Arbeitsbedingungen und die schon zur Gewohnheit gewordenen Einschnitte im öffentlichen Dienst nicht lange auf sich warten lassen werden.

Die Coronavirus-Krise hat die Schwächen des Systems aufgedeckt und allen die Bedeutung des öffentlichen Dienstes vor Augen geführt. Trotzdem ist es keine Frage, ob die Kürzungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich rückgängig gemacht werden, geschweige denn die Budgets zu erhöhen. Wir können nicht erwarten, dass die wirtschaftsliberalen Ideologen und Ideologinnen und deren Lobby sich der Realität bewusst werden und den Kurs ändern. Die Lebensbedingungen der gesellschaftlichen Mehrheiten spielen für sie keine Rolle. Wenn wir den Trend umkehren wollen, müssen wir uns organisieren und kämpfen, um das Bildungswesen und den öffentlichen Dienst im Allgemeinen zu verteidigen. In der Subprime-Krise 2008 mussten die Arbeitnehmenden die Milliarden bezahlt haben, welche die Banken verzockt haben. Jetzt sollen es wieder wir sein, die für die Milliarden aufkommen sollen, mit denen die Coronapandemie bekämpft werden, während die Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, Gewinne machen und Dividenden ausschütten.

Wir möchten dieses Informationsblatt hier abschliessen und auf weitere Inhalte in den kommenden Wochen auf der FAU-Website (faubern.ch) verweisen. Es gibt viele Fragen, die angegangen werden müssen, ob sie nun die Arbeitsbedingungen allgemein oder die Bildung betreffen. In dieser Hinsicht sind wir besonders besorgt um unsere Schülerinnen und Schüler. Die letzten zwei Monate waren sehr anspruchsvoll für sie und ihre Eltern, auch wenn sie eine enorme Anpassungsfähigkeit bewiesen haben. Aber wir befürchten, dass diese Zeit ihre Lernbiografie prägen wird, und wir werden auch dafür kämpfen müssen, dass unsere Schülerinnen und Schüler die Mittel und die Zeit haben, sich von dieser Krise zu erholen. Wir werden auch der Bildungsdirektorin auch bezüglich dieses Themas schreiben.